

Berlin, 22. August 2011

Wahlprüfsteine der Jazzinitiative Berlin e.V.

1. Welche Bedeutung haben Jazz und improvisierte Musik sowie deren Förderung auf landeskulturpolitischer Ebene?

Kunst und Kultur fördern Kreativität, vermitteln gesellschaftliche Werte und Zielvorstellungen, schaffen Identität und ermöglichen Identifikation. Das gilt auch für die breite Musikszene in Berlin, Jazzmusik und improvisierte Musik darin eingeschlossen. In Berlin leben und arbeiten über 500 Jazzmusikerinnen und –musiker.

Im Hamburger SPD-Grundsatzprogramm von 2007 heißt es: „Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates. Privates, bürgerschaftliches Engagement begrüßen und fördern wir. Doch der Staat hat eine nicht delegierbare Verantwortung.“ Das ist auch Maßstab für sozialdemokratische Kulturpolitik in der Berlin. Kulturpolitik des Staates ist für uns keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft. Sozialdemokratische Kulturpolitik basiert auf drei Säulen: der Freiheit der Kunst, der Teilhabe aller am kulturellen Leben und der integrativen Funktion von Kulturpolitik für den Zusammenhalt des Gemeinwesens.

2. Wie wird dieser Bedeutung und Verantwortung momentan kulturpolitisch Rechnung getragen?

3. Wie stellen sich die bestehenden Förderinstitutionen, -instrumente und die Förderhöhe in diesem Bereich für Sie dar und wie bewerten Sie diese?

Die Senatskulturverwaltung fördert Künstlerinnen und Künstler in Berlin über insgesamt 27 Förderprogramme. Neben der Projektförderung gibt es unterschiedliche Formen von Stipendien. Durch sie erhalten Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeit, für einen begrenzten Zeitraum relativ „sorgenfrei“ ihrer Kunst nachzugehen. Auch bei der Jazzmusik werden Projekte gefördert, z.B. Festivals, Veranstaltungen und Inlandstourneen. Im Jahre 2011 beträgt das Fördervolumen 160.000 Euro. Das sind 50.000 Euro mehr als im Jahre 2007. Dass diese Erhöhung der Fördersummen trotz der schwierigen Haushaltslage in Berlin möglich war, begrüßen wir.

4. Welches zukünftige Förderkonzept für Musiker und Veranstalter möchten Sie in Hinblick auf Jazz und improvisierte Musik in der nächsten Legislaturperiode umsetzen?

5. Welche konkreten kulturpolitischen Schwerpunkte und Vorhaben sehen Sie in diesem Bereich für die kommenden Jahre?

Wichtigstes Ziel bleibt die Verstetigung der Förderhöhen in den kommenden Haushaltsjahren. Kultur soll sich frei entfalten, deshalb entscheiden mit Fachleuten besetzte Jurys und nicht die Politik über die Förderanträge. Das soll aus Sicht der SPD so bleiben. Die grundsätzliche Förderstruktur, einerseits Projektförderung, andererseits Subjektförderung über Stipendien, wollen wir erhalten.

6. Welche Bedeutung haben für Sie Live-Auftritte und welche Fördermaßnahmen halten Sie für sinnvoll?

Live-Auftritte ermöglichen den direkten Kontakt zwischen Musiker und Publikum und ermöglichen auch den „Einstieg“ in dieses Musikspektrum. Deshalb fließt auch ein großer Teil der Projektförderung in die Förderung von Konzerten und Festivals. Für Live-Auftritte braucht es natürlich auch Auftrittsorte. Nicht alle traditionellen Spielstätten konnten in den letzten Jahren erhalten werden. Dennoch listet die Jazzinitiative auf ihrer Homepage über 50 Spielstätten in Berlin auf, an denen es Jazzmusik gibt. Einige von ihnen sind öffentlich finanziert oder gefördert.

7. Wie werden Sie nach der Wahl die Akteure dieser Musik hinsichtlich materiell bei der Einreichung von Förderanträgen bei der „Initiative Musik gGmbH“ unterstützen?

Die „Initiative Musik gGmbH“ ist eine Fördereinrichtung der Bundesregierung für die Musikwirtschaft in Deutschland. Gemeinsam mit der Musikwirtschaft werden in 2011 über 1,5 Mio. EUR an Fördergeldern für Künstler und Musikunternehmen bereitgestellt. Die Initiative hat ihre eigenen, transparenten Förderrichtlinien. Eine „materielle“ Unterstützung bei der Einreichung von Förderanträgen meint möglicherweise verklausuliert die Übernahme der geforderten Dritt- oder Eigenmittel bei Projektanträgen. Eine solche Übernahme können wir nicht versprechen. Solche Eigenbeteiligungsregeln sind in öffentlichen Förderprogrammen üblich, zum Schutz der wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel und als Nachweis des tatsächlichen Interesses an den geförderten Projekten. Haushaltsrechtlich muss auch zwingend der Ausschluss einer eventuellen Doppelförderung gewahrt sein.

8. Wie schätzen Sie die Ausbildungssituation für diesen Bereich in Berlin ein und welche Rolle spielt der Aspekt der Ausbildung in Ihren kulturpolitischen Vorhaben?

Berlin verfügt über ein flächendeckendes Netz von bezirklichen Musikschulen. Dieses bildet vor allem die Basis, um Kinder und Jugendliche an Musik heranzuführen und sie dafür zu begeistern. Auch ein breites Angebot an Jazzmusik gibt es dort. Schon manches große Talent wurde hier „geboren“ und konnte von hier aus seinen musikalischen Weg gehen. Diesen wichtigen kulturellen Schatz wollen wir erhalten. Mit dem Jazz-Institut Berlin und seinen Studiengängen Bachelor of Music (Jazz) sowie mehreren Masterstudiengängen, aber auch mit privaten Einrichtungen wie die Jazzschule Berlin verfügt unsere Stadt im Bereich der

Jazzmusik-Ausbildung über eine Infrastruktur, die sich nicht zu verstecken braucht. Dieses Angebot gilt es zu erhalten und zu pflegen.

9. Welche Rolle [spielen] in Ihren Überlegungen die folgenden Bereiche und welche Maßnahmen werden Sie hier ergreifen:

- **Nachwuchsförderung bspw. durch Unterstützung freier Initiativen im Musiker- und Veranstalterbereich**
- **Spitzenförderung bspw. durch Unterstützung von Auftritten von Musikern in anderen Bundesländern und in den Partnerstädten von Berlin**
- **Spielstättenförderung für die im Bereich der KMU arbeitenden Clubs und der mit bürgerlichem Engagement geführten Vereine?**

Die Berliner SPD will in ihrer Kulturpolitik sowohl Spitzenförderung als auch die Förderung des Musikernachwuchses gewährleisten. Im Bereich der Kulturförderung der Kulturverwaltung ist beides vorgesehen. Für den Musikernachwuchs leisten nicht zuletzt die bezirklichen Musikschulen eine hervorragende Arbeit. Der SPD-geführte Senat fördert den internationalen Kulturaustausch mit jährlich über 700.000 Euro. Davon profitiert auch die Jazzmusik. Diese gute Berliner Förderkultur wollen wir erhalten und im Rahmen der Möglichkeiten des Berliner Landeshaushalts weiter ausbauen. Musikclubs sind integraler Bestandteil der Berliner Kulturszene und wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir wollen sie erhalten und stärken.

10. Wollen Sie im schulischen Bereich den Jazz und die improvisierte Musik stärker fördern und wenn ja, wie genau?

Musikunterricht in der Schule ist für uns kein „Nebenfach“, das wir vernachlässigen. Kulturelle Bildung ist eine zentrale Dimension für die Herausbildung der Persönlichkeit und deshalb unverzichtbarer Bestandteil des Schulunterrichts. Musik ist ein zentrales Element von kultureller Bildung. Jazzmusik gehört dazu und muss wie bisher ihren Platz in den Lehrplänen der Schulen haben. Gerade der Charakter der improvisierten Musik ermöglicht es, Musik nicht nur als eine Technik des Umgangs mit einem Instrument aufzufassen oder gar nur als den Umgang mit einem CD- oder mp3-Player, sondern sie als Ausdrucksform des Menschen selbst zu erleben und so ihrem Wesen überhaupt auf die Spur zu kommen.

11. Sehen sie für den Bereich des Jazz und der improvisierten Musik bezogen auf Urheberrechtsabgaben im Live-Bereich eine spezifische Situation und wenn ja, wie muss dieser Rechnung getragen werden?

Das Urheberrecht ist eine Frage des Bundesrechts. Im Rahmen der Berliner Landespolitik können dort bestehende Probleme nicht gelöst werden. Die Berliner SPD teilt aber das, was unsere Bundespartei 2009 auf die gleiche Frage in den Wahlprüfsteinen der Bundeskonferenz Jazz ausgeführt hat: „Wir als SPD wollen, dass Kultur- und Medienschaffende und Kreative von ihrer Arbeit leben können. Deshalb setzen wir uns für ein starkes Urheberrecht ein, das den vernünftigen Ausgleich zwischen den Rechten der Urheber und den Nutzern ermöglicht. Weiterhin fordern wir eine faire, transparente und zukunftsfeste Praxis der Urheberrechtsabgaben. Bei Urheberrechtsabgaben im Live-Bereich sehen wir – allerdings nicht allein

auf Jazz und improvisierte Musik bezogen – eine besondere Situation, als dass kleine Veranstalter, die Nachwuchsmusikerinnen und –musikern eine Karriere erst ermöglichen, nicht über Gebühr durch Urheberrechtsabgaben belastet werden dürfen. Eine höhere Anzahl von Live-Konzerten, die auch wegen geringen finanziellen Risiken möglich werden, kommen Nachwuchsurhebern direkt zugute und sind für eine vielfältige Kulturlandschaft in Deutschland sehr wichtig. Hier werden wir u.a. bei der GEMA weiterhin einen angemessenen, bundesweiten Kulturtarif einfordern.“

12. Welchen Einfluss werden Sie auf die Erhöhung der Sachkompetenz für Jazz bei der Auswahl der Juroren für den Hauptstadtkulturfonds nehmen?

Auf die Mitglieder der sechsköpfigen Jury des Hauptstadtkulturfonds müssen sich Bund, Land Berlin, Akademie der Künste, der Rat für die Künste in Berlin und der Kurator des Fonds verständigen. Da Musik nur eines von 14 Förderbereichen des Hauptstadtkulturfonds ist, können leider nicht alle Musikrichtungen mit eigenen Vertretern in der Jury vertreten sein. Die SPD setzt sich dafür ein, dass sich die Jurorinnen und Juroren die nötige fachkundige Sachkunde auch für die Förderbereiche, die sie nicht selbst vertreten, aneignen oder entsprechende Beratung einholen. Bei der Auswahl der Jurorinnen und Juroren achten wir auf die Gewährleistung dieser Anforderung.